

Luibacher Zeitung.

Nr. 138.

Bränumerationsspreis: Im Comptoir ganzi.
fl. 11., halbj. fl. 5.50. Für die Ausstellung ins Haus
halbj. 50 kr. Mit der Post ganzi. fl. 15., halbj. fl. 7.50

Mittwoch, 19. Juni

Insertionsgebühr bis 10 Seiten: 1 mal 60 fr.,
2 mal 80 fr., 3 mal 1 fl.; sonst pr. Seite 1 mal 6 fr., 2 mal 8 fr.,
3 mal 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesmal 30 fr.

1872.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 8. Juni d. J. dem Minister des kaiserlichen Hauses und des Neubornen Grafen Julius Andrassy allernädigst zu gestatten geruht, daß ihm von Sr. Majestät dem Könige von Portugal verliehene Großkreuz des Thurn- und Schwert-Ordens annehmen und tragen zu dürfen.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 8. Juni d. J. allernädigst zu bewilligen geruht, daß der k. und k. Botschafter und derzeitige Vicepräsident des Herrenhauses des Reichsrathes Graf Ferdinand Trauttmansdorff das Großkreuz des päpstlichen Pius-Ordens; der k. und k. außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Graf Gustav Kálmánky das Großkreuz des päpstlichen St.-Gregor-Ordens; der Hof- und Ministerialrath im gemeinsamen Ministerium des kaiserlichen Hauses und des Neubornen Johann v. Hasslinger-Hasslingen das Commandeurkreuz des königlich portugiesischen Ordens von Villa Viçosa; der Sectionsrath desselben Ministeriums Wilhelm Freiherr v. Konradshain das Commandeurkreuz, die Hof- und Ministerialconcipisten Dr. Wilhelm Mittag und Joseph Malfatti Ritter v. Monte Tretto das Ritterkreuz des königlich portugiesischen Christus-Ordens annehmen und tragen dürfen.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 12. Juni d. J. den k. k. Hofzahlsamtsofficialen Theodor Schneer zum überzähligen Hofzahlsamtcassier allernädigst zu ernennen geruht.

Am 17. Juni 1872 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XXXII. Stück des Reichsgesetzbülls — vorläufig bloß in der deutschen, italienischen und kroatischen Ausgabe — ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 79 das Gesetz vom 20. März 1872, betreffend die Erneuerung von Hypothekar-Inscriptionsen, sowie die Anmeldung und Umgestaltung von Hypothekarrechten in Dalmatien.
(Dr. Btg. Nr. 136 vom 16. Juni.)

Nichtamtlicher Theil.

Zur Lage.

Über die allgemeine Lage unserer inneren Verhältnisse schreibt das „Fremdenblatt“: „Es läßt sich nicht verkennen, daß während des zweiten Abschnittes der Reichsrathssession die politische Lage eine wesentliche Besserung erfahren hat. Die Gegner des verfassungstreuen Systems müssen mit Ingrimm constatiren, daß es immer mehr Terrain gewinnt und daß ihre eigene Kraft, es zu erschüttern, beinahe bis zur Ohnmacht herabgesunken ist. Es will nun einmal gar kein Agitationsmittel mehr verfangen, es ist, als ob sich die staatsrechtliche Opposition im Chabrus-Schindel erschöpft hätte. Welche Mühe gaben sich die czechischen Organe, um aus der Überschwemmung in Böhmen Capital zu schlagen, wie beschimpften sie bei dieser Gelegenheit den Reichsrath, das Ministerium und die Centralisten, als ob sie diese für die Landeskalamität verantwortlich machen wollten; wie glänzend schilderten sie ihren Feinden die Vortheile der Autonomie, wie wegwerrend sprachen sie von der Reichshilfe! Alles vergebens! Die czechische Bevölkerung scheint den Glauben an ihre Propheten verloren zu haben, die Nothleidenden zumal wissen den Unterschied zwischen der wirklichen Hilfe, die ihnen das Reich durch den Statthalter gewährt und den Phrasen, mit welchen sie von der Coterie abgespeist werden, zu würdigen. Gerade aus Böhmen, diesem Herd des staatsrechtlichen Oppositions, wird eine Besserung der politischen Stimmung des Landes constatirt.“

Die „Neue Freie Presse“ beleuchtet an leitender Stelle die Action des Reichsrathes in gegenwärtiger Session in eingehender Weise. Wir heben aus dieser kritischen Analyse nachfolgende bedeutende Stellen hervor: „Blicken wir auf den bisherigen Lauf der reichsräthlichen Action zurück, so finden wir, daß der Reichsrath in diesem Abschnitte seiner Thatigkeit im Großen und Ganzen eine seiner glücklichsten Phasen durchgemacht hat. Unter dem Druck einer Constellation beginnend, welche es kaum möglich erscheinen ließ, daß je wieder ein verfassungsmäßiger Reichsrath zusammentrete, hat die Ver-

fassungspartei weit hinaus über ihre nächsten Ziele ihre Position gefestigt. Diese Kräftigung ist eine innere und eine äußere. Die innere Kräftigung ist die wichtigste; denn ohne diese wäre der Kraftzuwachs nach Außen nicht möglich gewesen. Zu den wichtigsten Stärkungs-Elementen rechnen wir die Befreiung der Verfassungspartei von allen unklaren Ausgleichsgedanken. Sie hat eine hochwichtige Läuterung durchgemacht, durch welche sie für alle Zukunft gestählt wurde. Ungarn hatte sich aus dem Verbande der einheitlichen Monarchie losgerissen, und nur um den Preis der Zustimmung zu dieser Loslösung hatte die Verfassungspartei von der Macht in den nicht ungarischen Ländern des Reiches Besitz ergriffen. Das Beispiel Ungarns wirkte auf Polen, Czechen und sonstige Slaven. Die Verfassungspartei, umgeben und angegriffen von so vielen Gegnern, übernahm ein Gefühl der Schwäche, in welchem sie glaubte, durch Nachgiebigkeit ihre Gegner entwaffnen und mit ihrer Herrschaft, selbst um den Preis, daß ein Theil der Letzteren geopfert werde, versöhnen zu können. Allerdings brauchte es eines langen und zum Theile äußerst künstlichen Prozesses, um dieses Resultat herbeizuführen. Jener Staatsmann, dessen eigenhümlicher, unerwarteter, unmittelbar nach schwer errungenem Siege eingetretener Fall sein früheres Unrecht sühnte, war nach seinem ganzen Naturell darauf angelegt, die Verfassungspartei in das Versöhnungs-Fahrwasser zu drängen. Der Radicalismus, welcher in der allgemeinen staatlich und social fast unbegrenzten Freiheit das Mittel zur Herstellung des inneren Friedens sah, wirkte in gleicher Richtung, zum Theile benutzt von Macht-Elementen, welchen er am allerwenigsten hätte dienen mögen. So bemächtigte sich der Verfassungspartei eine Ausgleichstendenz, welche ihr innerlich widerstrebt und ihr nach Außen verderblich werden mußte.“

Je mehr die Partei durch ihr Bestreben, unvereinbare Gegensätze zu vereinigen, an sich irre wurde, desto zahlreicher, füllner wuchsen die Gegner empor. Während jene sich abmühte, die für Alle befriedigende Gerechtigkeitsformel zu finden, brüteten die Feudalen und Czechen die Fundamental-Artikel aus. Diese langanhinige Paraphrase der zwei Worte: „Vao victis!“, die Fundamental-Artikel und der gleichzeitige deutsch-französische Krieg wirkten wie ein reinigendes Gewitter auf die Verfassungspartei. So fand sich in allen ihren Gliedern wieder enggeschlossen zusammen, mit der Erfahrung bereichert, daß die Ausgleicherei in jeder Form nichts als das Grab der Verfassungspartei wäre. Seitdem ist der die eigenen Reihen verwirrende Ruf nach „Versöhnung verschollen, die Partei hat sich in der Ideen-Einigkeit wiedergefunden, und darin liegt ihre Kraft. Selbst jene Elemente im Abgeordnetenhaus, welche vor dem gerne zu „administrativen“ Concessions bereit waren, haben sich nunmehr fest an den großen Körper der Verfassungspartei angeschlossen. Mit dieser Aussöhnung störender Richtungen wurde auch die Disciplin in der Verfassungspartei gefestigt und ihr Pflichtbewußtsein als Regierungspartei gehoben. Sie ist so festgesetzt und einig, als nur irgend eine politische Partei. Die Erkenntnis, daß man die Gegner nicht durch Nachgiebigkeit versöhnen, sondern durch Verstärkung der eigenen Stellung unschädlich machen müsse, scheint sich auch endlich auf den letzten Rest der Ausgleicherei, auf die galizische Frage, zu erstrecken. Die Partei darf sich nur erinnern, daß das politische End mit der nutzlosen Nachgiebigkeit gegen die Polen bei Gelegenheit der ersten Verfassungs-Revision seinen Anfang genommen, um den Muth zu finden, auch diesen letzten Rest des Ausgleichsgeschwires hinwegzubrennen. Man darf sagen, daß die Verfassungspartei nach vielen Durchgangsphasen, welche sie nur von ihrem Ziele abwendeten, nun zu ihrem Ausgangspunkte zurückgekehrt ist. Sie braucht jetzt nur auf dem geraden Verfassungswege vorwärts zu schreiten, um ihr Ziel der Constituirung Oesterreichs als eines einheitlichen Staatswesens zu erreichen.“

Der legislative Apparat arbeitet mit einer verhältnismäßig guten Vollständigkeit und unter so günstigen Umständen, wie sie ihm während des zwölfjährigen Bestandes der Verfassung noch nie beschieden waren. Die administrativen Functionen des Staatslebens sind ungefähr; die Reibung ist kaum eine heftige, als in irgend einem anderen constitutionellen Staate. Die Steuern werden mit einer noch vor wenigen Jahren ungeahnten Leichtigkeit eingehoben und gestattet, auf ein furchtbare Elementar-Unglück sofort die staatliche Hilfe in wirkungsvoller Weise folgen zu lassen. Die Erregung, welche in den ersten Tagen der czechischen Bewegung, unmit-

telbar nach der Declaration zur Erscheinung kam, ist einer Ruhe gewichen, welche erfährliech das Zeichen der Müdigkeit und Aspannung ist. Was die Bevölkerung und der Landesfürst, welche ja das gleiche Interesse an der Entfaltung der Staatskraft nehmen, von einer politischen Führung fordern können, das ist, unserer Meinung nach, von der Verfassungspartei während des halben Jahres ihres jüngsten Machtbesitzes geleistet worden. Wir wollen durchaus nicht in Abrede stellen, daß es wünschenswerth wäre, alle Völker schaften Oesterreichs zu harmonischem Zusammenwirken auf dem Boden der Verfassung zu vereinigen. Aber wenn dieses Ziel bezüglich einer einzigen — und nur um Eine handelt es sich! — Völkerschaft nicht erreicht werden kann, so ist dies noch kein Grund, alle übrigen Resultate der politischen Arbeit in Frage zu stellen.“

Reichsrath.

46. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 15. Juni.

Präsident R. v. Hopfen eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Min.

Auf der Ministerbank: Ihre Exellenzen die Herren Minister Freiherr v. Lasser, Dr. v. Stremayr, Freiherr de Pretis, Dr. Vanhans, Dr. Glaser, Dr. Unger, Oberst Horst.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Die eingelaufenen Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen überwiesen.

Es beginnt die zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Sicherstellung einer Locomotiveisenbahn von Liebenau nach Pisek; an der Debatte nehmen Theil Berichterstatter Gomperg, die Abgeordneten Dr. Mayer, Ritter v. Leitnerberger, Dr. Klier, Dr. Blysfeld und Se. Exzellenz der Herr Handelsminister Dr. Vanhans. Das ganze Gesetz wird in dritter Lesung angenommen.

Hierauf wird der Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung der Hofstaats-Dotation, ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Nach Erledigung mehrerer Petitionen wird die Sitzung geschlossen.

Parlamentarisches.

Der Berichterstatter Dr. Weeber trägt in der am 14. d. stattgefundenen Sitzung des Alt-katholiken-ausschusses die allgemeinen Grundsätze, betreffend die Einführungnahme des Staates auf die Regelung der Verhältnisse der Alt-katholiken, und die Consequenzen aus diesen allgemeinen Grundsätzen, vor.

In der am 15. d. M. abgehaltenen Vormittagsitzung des Finanzausschusses stimmt der Finanzausschuss den folgenden Anträgen des Referenten Abg. Wolfrum bei: 1. Das Abgeordnetenhaus, festhaltend an den den Finanzgesetzen zu Grunde liegenden Beschlüssen, geht über den Antrag der Control-commission, daß für die Capitalsrückzahlungen von den zur nicht gemeinsamen schwedenden Schuld gehörigen Cautionen und Depositen die Hinausgabe von einheitlichen in Staatsnoten verzinslichen Staatschuldverschreibungen künftig nicht stattfinden dürfen und ebenso über den weiteren Antrag derselben Commission dahin, „daß die h. Regierung aufzufordern sei, die Festsetzung eines unabänderlichen letzten Termins zur Verwandlung der Staatschuldverschreibungen in Erwägung zu ziehen.“ zur Tagesordnung über. 2. Der Inhalt des von der Staatschulden-Control-commission des Reichsrathes unter dem 18. März 1872 erstatteten Jahresberichtes wird unter Anerkennung der Gründlichkeit, Gewissenhaftigkeit und aufopfernden Thätigkeit dieser Control-commission zur befriedigenden Kenntnis genommen.

Das Gesetz gegen die Jesuiten in Deutschland

bringt alle Kreise Deutschlands in Bewegung. Obgleich wir den fraglichen, dem deutschen Reichstage vorgelegten Gesetzentwurf bereits mitgetheilt haben, so wollen wir den Text des Gesetzes doch wieder reproduzieren: Der selbe lautet:

§ 1. Den Mitgliedern des Ordens der Gesellschaft Jesu oder einer mit diesem Orden verwandten Congregation kann, auch wenn sie das deutsche Indigenat be-

sigen, an jedem Orte des Bundesgebietes den Aufenthalt von der Landespolizeibehörde verfagt werden.

S. 2. Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen werden vom Bundesrat erlassen.

Aus den Berathungen im Justizausschuss des Bundesrates über die Jesuitenfrage theilt die „Spenerische Btg.“ Folgendes mit:

Der angenommene Gesetzentwurf ist als die mildeste Form derjenigen Vorschläge zu betrachten, welche in Bezug auf die Materie von verschiedenen Seiten gemacht worden waren, namentlich ging die Absicht auch dahin, die sämmtlichen Orden und Gesellschaften, und zwar ohne Unterschied der Confession von staatlicher Genehmigung abhängig zu machen und eine Umgehung des gesetzlichen Verbotes mit einem Jahr Gefängnis zu bestrafen; andererseits Verwaltungsvorschriften über die Controle der Beobachtung des gedachten Gesetzes so zu erlassen, daß die Polizeibehörden in jedem einzelnen Falle sich überzeugen könnten, ob auch nicht wider das Gesetz die Niederlassung von Ordensmitgliedern oder die Übernahme der Seelsorge, des Unterrichtes und der Krankenpflege außerhalb der staatlichen Genehmigung erfolgt sei. Es zeigt die jetzige Form, daß man von einem allzuschroffen Vorgehen vorläufig noch Abstand nehmen wollte, möglich, daß die vorbehalteten späteren Gesetzgebungsakte sich in der Richtung der gedachten Vorschläge bewegen.“

Die „Prov. Corr.“ schreibt: „Die Regierung hält es in der That für wünschenswerth, daß ihr zur Abwehr der Wirksamkeit des Jesuiten-Ordens, in dessen Hand die Fäden der staatsfeindlichen Bewegungen vornehmlich vereinigt sind, sofort eine ausreichende Waffe gegeben werde. Es liegt in der Natur der bezüglichen Aufgabe, daß die verbündeten Regierungen durch das zu erlassende Gesetz Vollmachten erbitten, deren Gewährung nur auf einem entschiedenen Vertrauen und auf dem Bewußtsein eines gemeinsamen großen Zweckes beruhen kann. Der Reichstag wird in seiner großen Mehrheit auch dieses Zeichen des Vertrauens den verbündeten Regierungen nicht versagen wollen.“

Die Debatte über den Gesetzentwurf hat im deutschen Reichstage bereits begonnen. Bundescommisär Friedberg erklärte, das vorliegende Gesetz sei nur ein Notwehrgesetz für den Fall, daß die staatsgefährliche Tendenz des Ordens offen und klar werde. Der Redner weist entschieden die Ansicht zurück, als ob das Gesetz gegen die katholische Kirche gerichtet sei, welche bestand, ehe der Jesuitenorden existierte und als derselbe aufgehoben war. Das Gesetz wollte keineswegs den Jesuitenorden mit der katholischen Kirche identifizieren. Unter den dem Jesuitenorden verwandten Congregationen bezeichnet der Bundescommisär die Piquoriner und Frères ignorants, sowie zwei Schulbrüderorden, deren einer unter französischer, der andere unter römischer Oberhoheit stehe.

Der geheime Oberregierungsrath Wagener hebt hervor, daß nicht Preußen, sondern die katholische Kirche den Streit hervorgerufen habe. Die herrschende Partei in der Letzteren spiele mit der deutschen Einheit und dem religiösen Frieden. Die Jesuiten ständen mit auswärtigen Mächten gegen Deutschland in Verbindung; ein diplomatischer Bericht besage, daß die französischen Jesuiten eine katholische Liga in Frankreich, Italien, Österreich und Deutschland bilden und die unteren Volksklassen, die Gesellenvereine und Genossenschaften religiös fanatisiren. Ein Theil der deutschen Jesuiten sei für diesen Plan gewonnen, solchen Plänen müßte daher entgegentreten werden.

Am 14. d. wurde von Vertrauensmännern aller Fractionen des Reichstags, mit Ausnahme des Centrums, der folgende Antrag vereinbart, welcher an die Stelle der Jesuiten-Vorlage treten soll und Aussicht auf Erlangung einer großen Majorität hat:

1. Der Jesuitenorden und die ihm verwandten Orden und Congregationen sind zu verbieten; die Errichtung von neuen Niederlassungen solcher Orden ist verboten und die bestehenden sollen binnen einer vom Bundesrat zu bestimmenden Frist, spätestens in sechs Monaten, aufgelöst werden.

2. Die Mitglieder jener Orden und Congregationen können, wenn sie Ausländer sind, aus dem Reiche verwiesen, wenn sie Inländer sind, von einzelnen bestimmten Orten hinweggewiesen oder an bestimmten Orten internirt werden.

3. Die Anordnungen zur Ausführung des Gesetzes, welche den höchsten Landespolizei-Behörden zusteht, erlaßt der Bundesrat; an diesen gehen auch die Beschwerden wegen der Ausführung des Gesetzes, die jedoch keine ausschließende Kraft haben. Der Bundesrat kann hiervor einen besonderen Ausschuß ernennen.

Politische Übersicht.

Ljubljana, 18. Juni.

Die „Deutsche Zeitung“ meldet: „Der gemeinsame Ministerrat beschäftigte sich am 14. d. mit der Feststellung des Budgets für 1873. Danach soll der Kriegsminister an die Delegationen mit einer Nachtrags-Creditforderung wegen der erhöhten Futter- und Materialpreise treten. Auch soll die gemeinsame Regierung der Regulierung der Beamtengehalte ihres Ressorts ihr Augenmerk zuwenden wollen.“

Der „Pestler Lloyd“ fordert in einem Leitartikel die anständigen Elementen aller Parteien in Ungarn auf, sich gegen die üblichen Wahlaufrüttungen zu vereinigen, um wenigstens Thälichkeit zwischen den gegnerischen Parteien zu verhüten. — Auch die Wahlen in der Ungarn einverlebten Banater Grenze werden voraussichtlich dealistisch ausfallen. Wie „Naplo“ vernimmt, soll nämlich bereits der Gesetzentwurf fertig sein, welcher die Reichstagswahl in diesem Gebiete regelt. — Wie „Pesti Naplo“ mittheilt, wird die Bevölkerung der drei Grenzregimenter und des Czaikisten-Bataillons, welche am 1. November in die Civilverwaltung übergehen, demnächst in die Lage versetzt werden, ihre Vertreter in den Landtag zu senden. Der Czaikisten-district wird mit dem Bacser, das deutsch-banater und romanisch-banater Regiment werden mit dem Temeser und Torontaler Comitat vereinigt, der östlichste Theil der Grenze aber, deren Mittelpunkt Karanbes ist, wird als selbständiges Municipium unter dem althistorischen Namen Balkoer Comitat constituit; der Gesetzentwurf aber, welcher die Reichstagswahlen für diese Gebiete feststellt, ist bereits ausgearbeitet und unmittelbar, nachdem derselbe im Reichstage angenommen und sanctionirt worden, werden die Wahlen stattfinden. Was die kroatisch-slawonische Grenze anbelangt, so sagt „Pesti Naplo“, daß diesbezüglich Vieles, man könne sagen, Alles von der Haltung der kroatischen Opposition abhänge. Mache diese Haltung die Herstellung der Ordnung und der Versöhnung in Kroatiens möglich, so werde dem nichts entgegenstehen, daß auch die kroatisch-slavonische Grenze nächstens Landtags-Abgeordnete wählen könnte.

In einer Vorberatung des kroatischen Landtages wurde angeführt, in welchen Punkten eine Versöhnung angebahnt und definitiv durchgeführt werden könnte; diese sind: betreffs der Verifikation, der Wahl der Landtagsfunctionäre, ferner das Verhältnis der Parteien in der Regnicolardeputation wegen Revision des Ausgleiches, und der Deputirten in den gemeinsamen Reichstag zu Pest. Und damit tatsächlich durch die national-constitutionelle Partei bewiesen werde, wie aufrichtig sie es mit den Frieden meine, wurde beschlossen, daß zwei Notäre von ihr, und zwei von den Gegnern gewählt werden. Hieraus ist zu ersehen, daß die national-constitutionelle Partei unter Beifall des ganzen Landes zuerst die Hand zur Versöhnung und Versöhnung bot, und daß ihr im Ernst daran gelingen ist, der Zwietracht im Lande ein Ende zu machen. Jetzt liegt es an der Opposition, ihren Patriotismus zu beweisen und durch die That darzuthun, daß sie dieses Friedensanerbieten voll und ehrlich acceptire.

„Reform“ constatirt wiederholt die Agitationen der Serben und fordert die ungarische Regierung auf, Gegenmittel zu ergreifen, indem sie die volle Strenge ihrer Macht denjenigen Unterthanen Ungarns zu führen gebe, die mit Serbien consipiriren und die serbischen Emissäre bestrafe, welche in Ungarn ihr Handwerk treiben. Mit der bloßen Ausweisung der Letzteren sei nichts gethan. — Einen Krieg gegen Serbien anzusangen, wäre weder zweckmäßig, noch der Wille wert; aber es gebe andere Mittel, um der serbischen Regenschaft beizukommen und von diesen müsse man ungeschümmt Gebrauch machen.

Zuverlässigen Mittheilungen zufolge werden bereits Anordnungen für den Besuch Sr. Majestät des Kaisers von Österreich in Berlin getroffen, welcher vom 5. bis 11. September dauern wird. — Die deutsche Presse verzeichnet die Nachricht von dem bevorstehenden Besuch mit den freundlichsten Bemerkungen. Man hat diesen Besuch in Deutschland bereits erwartet und freut sich, daß er erfolgt.

Die Antwort des Berliner Cabinets auf die von französischer Seite gemachten Räumungs-Angebote ist endlich in Versailles eingetroffen. Der wesentliche Inhalt ist, der „Französischen Correspondenz“ zufolge, folgender: „Deutschland erklärt sich bereit, auf nachstehende Modalitäten einzugehen: Zahlung einer Milliarde im Laufe des Jahres 1872, einer zweiten im Jahre 1873 und einer dritten im Jahre 1874; Räumung zweier Departements nach Zahlung der ersten, zweier nach Zahlung der zweiten und der beiden letzten nach Zahlung der dritten Milliarde.“ Die Antwort des Berliner Cabinets soll überdies in einer sehr verständlichen Weise den „Wunsch“ aussprechen, die gesammte Regelung dieses Arrangements von der gegenwärtigen Regierung von Frankreich durchgeführt zu sehen, hinzufügend, daß es auch nur aus Sympathie für Herrn Thiers und aus Vertrauen in sein Gouvernement das bedeutsame Zugeständnis einer den Ratenzahlungen entsprechenden successiven Räumung gemacht habe.

Die Nachrichten aus Spanien lauten nichts weniger als günstig. Das neue Ministerium soll eine starke Majorität gegen sich haben, von den Neuwahlen habe es nicht viel zu hoffen, und was den Aufstand betrifft, so nimmt er derart überhand, daß die Banden gar nicht mehr zu zählen sind. Die Bahnverbindungen sind großenteils gestört, in Paris bleiben wieder häufig die Madrider Blätter aus. — Ein von Serrano gezeichnetes Manifest der Majorität tadelst die Suspension der Cortes und bietet die Beschließung der auf das Budget, die Finanzen, die Recruitierung und Cuba bezüglichen Gesetze an.

Wiener Weltausstellung 1873.

Das Athenäum, dieses Bildungsinstitut für Gewerbetreibende und Arbeiter wird nun schon in nächster Zeit ins Leben treten. Über die vorbereitenden Schritte, welche zu diesem Zwecke bereits gemacht worden sind, hielt der Generaldirektor einen längeren Vortrag, dem wir die folgenden erfreulichen Thatsachen entnehmen: Se. l. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Rainer, Präsident der kais. Commission der Weltausstellung, hat in voller Würdigung des segensreichen Zweckes in hochherziger Weise das Protectorat der neu begründeten Athenäums-Stiftung übernommen. Durch ein namhaftes Geldgeschenk ist das Athenäum am 13. April in den Besitz eines Hauses in der Vorstadt Gumpendorf gelangt, welches, günstig gelegen, sich für die Zwecke des Athenäums besonders eignet. Die Mitglieder des Executive-Comitis der Ausstellungscommission für Wien und Niederösterreich haben ferner einstimmig beschlossen, einleitende Schritte zu thun, um so bald als möglich einen Bauplatz für die Erbauung eines definitiven Athenäums zu erwerben. Der Bibliothek des Athenäums sind bis heute an Geschenken zugegangen 1500 Werke mit 2286 Bänden und weitere namhafte Geschenke bereits in Aussicht gestellt. Das Athenäum hat außer Büchern auch noch Geschenke für das Musterlager, für die Modellsammlung und für die Lehrmittelsammlung erhalten und sich auch in dieser Richtung noch weitere Geschenke in Aussicht gestellt, insbesondere hat Se. Ex. der Herr Finanzminister Freiherr de Pretis eine wertvolle Sammlung von Stoffmustern dem Athenäum zugesichert. Auch über einen Barfonds verfügt bereits das Athenäum und zwar: 1. Ohne specielle Widmung: vom Herrn Gottlieb Schwab in Papierrente N. W. 3000 fl., von einem ungenannten Industriellen bar 1000 fl., von Herrn Buchhändler Hölder 20 fl. 2. Mit der Widmung: für die Adaptirung des Athenäum-Gebäudes in Barem 5800 fl. 3. Mit der Widmung: die Zinsen des Capitales jährlich für die Bibliothekszwecke zu verwenden, von einem Unbenannten in Papierrente N. W. 30.000 fl. 4. Mit der Widmung: die Zinsen jährlich für Zwecke der Musterlager und der Modellsammlung zu verwenden, von einem Unbenannten in Papierrente 30.000 fl. Die nachhaltigste Unterstützung und Förderung hat das Athenäum jedoch von Sr. Excellenz dem Handelsminister Herrn Dr. Vanhans erfahren. Bibliothek, Muster- und Modellsammlung werden seitens des Handelsministeriums in reichem Maße beschenkt, und außerdem hat Se. Ex. der Handelsminister in einer Buzchrift an den Generaldirektor erklärt, „zur Erhaltung dieses Bildungsinstitutes für Gewerbetreibende und Arbeiter schon in dem nächsten Budget einen entsprechenden Betrag in Anspruch zu nehmen.“ Damit darf die Zukunft des Athenäums als gesichert betrachtet werden.

Ihre l. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Marie geruhet das Protectorat der Ausstellung der Frauenarbeiten zu übernehmen. — Die Fabrikanten gebogener Holzarbeiten, Herren Gebrüder Thonet, haben sich erboten, die für die Bureau im Ausstellungspalast und in den Pavillons erforderlichen Möbel ihres Fabrikates für die Dauer der Ausstellung unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Der Generaldirektor der Ausstellung hat dieses patriotische Anerbieten mit Dank angenommen. — Den Eisenbahngesellschaften, welche bereits Ermäßigungen für den Ausstellungsverkehr zugestanden haben, hat sich nun auch der „rheinisch-thüringische Eisenbahnverband“ angeschlossen, welcher für den Hin- und Rücktransport der Ausstellungsgüter eine 50perc. Frachtermäßigung eintreten zu lassen beschlossen hat.

Tagesneuigkeiten.

— (Nachtragsredite für das Jahr 1871) Sr. Majestät der Kaiser haben mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes zur Bedeckung der bei einigen Staats sich ergebenen Mehrauslagen die erforderlichen Nachtragsredite pro 1871 bewilligt, u. z. für das Ministerium a. des Innern 214.226 fl.; b. des Cultus und Unterrichtes 111.140 fl.; c. der Finanzen 138.000 fl.; d. der Justiz 58.032 fl.; e. für Subventionen und Dotationen 3.016.570 fl.

— (Der Sultan) empfing am 15. d. im Palaste Teheran in einer Privat-Audienz den österreichischen Unterrichtsminister Grafen Ludolf, welcher vom ersten Dolmetsch v. Koszel begleitet war. Der Empfang war ein sehr wohlwollender.

— (Für die Bergungslücken in Böhmen) sind bei dem Wiener Hilfcomittee an Spenden bis jetzt eingegangen: 298.894 fl. 57 kr. 2c. und im österreichischen Botschaftshotel in London wird am 24. d. unter der Direction des Herrn Ernest Bauer und Mitwirkung von ausschließlich österreichischen und ungarischen Künstlern ein großes Concert stattfinden.

— (F. M. L. Freiherr von John) ist von Nömerbad mit dem Triester Postzuge nach Graz zurückgekehrt.

— (Das Jahresgründungsfest des Grazer Turnvereines) wurde Samstag den 15. d. mit einem Schauturnen der Schüler des zweiten Staatsgymnasiums und der Vereinszöglinge eröffnet.

— (Die Stadt Lissabon) wurde am 13. Juni von einer Feuerbrunst heimgesucht, welche etwa die Hälfte

des Häusercomplexes in der Nähe des Zollamts einäscherte, darunter die Börse, sowie eine Anzahl Handelscomptoirs und Speicher.

Locales.

Sitzung des I. I. Landes-Sanitätsrathes vom 13. April 1872.

Gegenwärtig: Vorsitzender Prof. Dr. Valenta, die I. I. Sanitätsräthe Dr. R. v. Andrioli, Dr. v. Stöckl, Dr. M. Razpet und Dr. Carl Bleiweis.

I. Der Vorsitzende theilt mit, daß die Bezirks-Wundärztenstelle in Neudorf dem Bezirkswundarzte Mader verliehen wurde; ferner, daß Prof. v. Berger als Sachverständiger in der Streitfrage der Gemeinden von Unteridria wegen Entschädigung für die durch Quecksilberniederschläge erkrankten Haustiere nach Idria abgesendet wurde und daß derselbe in der nächsten Sitzung referiren werde.

II. Sr. Dr. v. Stöckl referirt über die Friedhofserweiterung von St. Veit bei Laibach und beantragt, es möge die Bezirkshauptmannschaft zu sofortigem Einschreiten durch die h. Regierung aufgefordert werden.

Der Antrag Dr. v. Stöckl's sowie der Zusatzantrag des Sr. Dr. Razpet, gleichzeitig die Einleitung zu treffen, den Friedhof außerhalb des Ortes neu anzulegen, werden einstimmig angenommen.

III. Sr. Dr. C. Bleiweis referirt über die Tabellen, welche das Ministerium behufs Verfassung eines Central-sanitätsberichtes eingesendet, und beantragt:

1. Der krainische Landes-Sanitätsrat findet diese Tabellen als nicht entsprechend, da eine wahrheitsgetreue Zusammenstellung theils nicht möglich, theils nur mit großen Schwierigkeiten und Kosten und selbst dann nicht durchgehends wahrheitsgetreu ausführbar ist.

2. Der krainische Landes-Sanitätsrat erklärt sich jedoch bereit, den Landes-Sanitätsbericht für das Jahr 1872 zu verfassen, muß jedoch die Forderung stellen, daß die Zusammenstellung der Tabellen und Beschreibung der Anstalten von einem ärztlichen Regierungsbeamten unter Aufsicht und Leitung eines aus dem Landes-Sanitätsrathe zu wählenden Comit's zu geschehen habe.

3. Der Landes-Sanitätsrat protestiert gegen die Drucklegung dieser Tabellen auf Kosten des Sanitätsratsdotations, befürwortet dagegen die Drucklegung und möglichste Verbreitung des vom Landes-Sanitätsrathe selbständig verfaßten Landes-Sanitätsberichtes.

4. Der I. I. Landespräsident wird gebeten, diesen Vorschlägen beizustimmen und selbe dem Herrn Minister des Innern zur hochgeehrten Kenntnis zu bringen.

IV. Sr. Dr. Razpet interpellirt den Reg.-Rath v. Andrioli wegen Bereisungen der Bezirkärzte.

V. Prof. Valenta wünscht, daß der Landes-Sanitätsrat dem Gesetz gemäß von im Lande herrschenden Epidemien jederzeit in Kenntnis gesetzt werde (was bisher nicht geschah, obwohl z. B. dermalen im Krainburger Sanitätsbezirke eine Typhusepidemie herrschte), was Reg.-Rath v. Andrioli für künftig zusagte.

Predil und Lack.

(Schluß.)

Schon der betreffende Ausschussericht vom Jahre 1870 nennt den Predilbau ein „gewagtes Unternehmen“ — ein solches bleibt es auch fürder — deshalb hat sich noch keine private Geldkraft dem Unternehmen genähert, und — weil die Predilbahn kein Private bauen will — so nimmt der Staat das Risico auf sich.

Solche gewagte Unternehmungen gehören keineswegs in das Bereich der finanziellen Staatswirtschaft. Hingegen würde die Triest-Launsdorferbahn den Staat nichts kosten; wie man liest, ist das betreffende Consortium sogar erbösig, dieselbe ohne Binsengarantie zu bauen und dadurch den wichtigsten Gedanken zu verwirklichen, welcher in Österreich bisher in Eisenbahn-Angelegenheiten zum Durchbruch gekommen ist, nämlich Triest nahezu in dem Meridiane mit der Rudolfsbahn, Prag, Dresden, Berlin, Stettin bis zur Ost- und Nordsee zu verbinden, und damit auch den Zweck einer neuen Verbindung nach Nordwest über Lack-Tarvis zu erzielen, welch letztere Strecke bereits fertig ist.

Durch die Triest-Lack-Launsdorferbahn gelangt die Strecke Lack-Tarvis zur Rentabilität, und durch die Fortsetzung Lack-Launsdorf gewinnt der nördliche Zug der Rudolfsbahn jene Bedeutung, die ihr die Natur angewiesen hat, und welche der Kultursturz unserer cisleithanischen Provinzen und die Expansion des Verkehres der Producte derselben zum Meer von Jahr zu Jahr zur volleren Geltung steigern wird.

Es sei hier bemerkt, daß das dermalige Project der Triest-Launsdorferbahn noch wesentlicher Verbesserungen fähig ist.

Wenn man der Predilbahn 20 Jahre zum Studium gönnte, bis das neueste technische Operat ^{zu} Stande kam, so kann man hoffen, daß die wesentlichen Verbesserungen, welche das betreffende Consortium der diesfälligen offiziellen Aufnahme gegenüber herausfand, bei einer noch weiteren Prüfung der Sache, was Kürze und sonstige Vorzüglichkeit anbelangt, noch nicht ihren Abschluß gefunden haben. Auch ist es außer Zweifel, daß die Triest-Lack-Tarvis-Strecke für den Verkehr nach dem Bodensee vortheilhafter ist als die Predillinie. Die Schnelligkeit des Verkehrs auf der Triest-Lack-Tarviser Strecke wiegt die einigermaßen größere Länge derselben gegen die Predillinie auf. Die Tariffäge

hingegen würden voraussichtlich bei der Lacke Bahn wegen des bedeutend geringeren Auslagecapitals und dem bei weitem wohlfeileren Betriebes wiederer sein als auf der Predilbahn.

Endlich ist in Betracht zu ziehen, daß der Verkehr auf der Predilbahn durch mehrere Monate im Jahre sehr precär sein würde, daß bei der Beengtheit des Terrains für größere Warenlagerungen kein Raum gewonnen werden könnte, daher der Aufschluß der Transportgegenstände auf die Südbahn mit dem Umwege über Laibach unvermeidlich wäre — alles zur Schädigung des cisleithanischen Handels und der damit verbundenen finanziellen Interessen des Reiches.

5. Wenn von so einem gewagten Unternehmen und einer mit demselben verbundenen so risiciren Finanzoperation die Rede ist, so darf wohl Federmann fragen: Wer kann oder will die Verantwortlichkeit für die Bissern, für das Gelingen oder das Misserfolg, für die unabsehbaren Folgen die Verantwortlichkeit übernehmen? Nur allgemeines Schweigen kann auf diese Frage Antwort sein.

6. Die italienische Regierung und die dortigen Geldpotenzen haben ihr Urtheil über die Predilbahn dadurch ausgesprochen, daß sie den Bau der Pontebabahn beschlossen haben. Hätten sie den Bau der Predilbahn überhaupt für eine staatliche Möglichkeit gehalten, so hätten sie sicherlich gewartet, um sich der Predilbahn bei Caporetto anzuschließen, um hierdurch viele Millionen zu ersparen, da der österr. Staatsstiel für Italien den Predilübergang bewerkstelligt hätte.

7. Vom strategischen Standpunkte dürften die Acten über die absolute Verwerthlichkeit der Predilbahn geschlossen sein.

Die Herren Experten geben die Neuherung ab, daß sie des Schutzes bedürfen würde. Federmann, der die topographischen Situationen kennt, weiß es, daß ein derlei Schutz geradezu unmöglich ist, denn die Trace könnte meilenlang den auf den anstossenden fremdländischen Bergen und Hügeln postirten Kanonen nicht entrichten werden.

Soll man neue Forts anlegen? Soll man im Falle des Bedarfes einen nicht unbeträchtlichen Theil der Armee zum Schutze der Predilbahn vom Hauptkörper trennen und hierdurch diesen abschwächen?

Ist im Falle eines Krieges der bewaffnete Schutz nicht schon die Brachlegung der Linie selbst? Und um, wie es der praktischen Handelskammer zielt, auch in diesem Punkte praktisch zu bleiben, so weist sie auf die analoge Linie Krakau-Oswiecim hin, welche im Jahre 1866 hoffenlich für immer den strategischen Wert einer knapp an Feindegrenze ziehenden Bahnlinie als abschreckendes Beispiel constatirt hat.

8. Praktisch ist endlich auch für den österr. Handel die politische Seite des von der französischen Gesellschaft angestrebten Monopols.

Bon diesem Standpunkte aus dürfte es überhaupt nicht gerechtfertigt, ja sehr gewagt erscheinen, einer ausländischen Gesellschaft das Privilegium einzuräumen, durch ein ganzes Jahrhundert die Hauptader unsers Handels an der empfindlichsten Stelle, am Herzen, den Triesterhafen zu beherrschen.

Der Diplomatie ist benötigten Falles jeder Vorwand willkommen, selbst die „Surtaxe de pavillon“ kann, so wie eine allfällige beabsichtigte gewaltsame Expropriation unter dem Titel Schutz der eigenen Unterthanen zum Vorwande dienen, wenn es gelten würde, Österreich äußere Schwierigkeiten zu bereiten.

Dieser Fall gehört in den Bereich der Möglichkeiten, mit welchen die Diplomatie zu rechnen nie verabsäumen darf.

9. Die französische Gesellschaft entzieht unserm Vaterlande durch das ihr gehörige Eisenbahnnetz alljährig die enorme Summe von 35 Mill. Gulden, dies macht, die Verkehrs zunahme und Zinsen nicht gerechnet, in 101 Jahren rund 3½ Milliarden. Welch' eine ungeheure Schädigung des österr. National-Bermögens. Muß nicht jeder Patriot rufen: „Armes Österreich! Sollte man nicht trachten, jenem Monopole durch natürliche Conurrenzlinien Schranken zu setzen, anstatt dasselbe zu begünstigen, und sogar die Mittel aus Staatseinkünften zu beschaffen, um jene Privilegien zu verewigen.“

Hohes Reichsrath!

Es ist für jeden Österreicher herzerhebend, was in dem Ausschuß für die Predilbahn seit seiner Thätigkeit vor sich gegangen ist; wie dabei die Unabhängigkeit der Parlamentsmitglieder, die Freiheit der Discussion, die Objectivität der Auffassungen, das gewissenhafte Eindringen in die Angelegenheit zum Ausdruck gekommen sind, und die ergebenste Handelskammer ist überzeugt, daß der gleiche Geist auch das gesammte hohe Haus bei Berathung und Beschlüßfassung über diese hochwichtige Angelegenheit leiten wird.“

Die Agitation gegen die neuen Schulgesetze.*

(Fortsetzung.)

Die Physik, die Chemie, sie erfinden alljährlich neue Mittel und Wege, dem Boden den bestmöglichen Ertrag abzuringen, und die Kenntnis davon soll ihm verschlossen bleiben?

Der einfache Professionist, wenn er sein Handwerkzeug überblickt, überblickt dabei den Industrieleib aus aller möglichen Herren Ländern, und es sollte ihm verwehrt bleiben, diese Länder zu kennen, ihnen das Gute, was sie leisten, auszuläuschen und sich jener Versuche zu enthalten, welche jenen Schaden gebracht haben?

* Vergl. Nr. 136 d. Bl.

Gewiß, es wäre ein Raub an unsern Kindern, ein Raub an ihrer und unseres Kaiserstaates Zukunft, wenn wir da noch behaupten wollten, es wäre nicht nothwendig gewesen, die Volksschule zu reformiren! — Sie mußte einer Reform unterzogen werden, der Einzelnen, ja sogar des Staates wegen!

Was hat unsern deutschen Brüdern „draußen im Reiche“ den Kampf um ihre nationale Freiheit so siegreich durchzukämpfen helfen? — Nur der Umstand, daß ein gebildetes Volk diesen Kampf kämpfte gegen eine moralisch verkommen und in der Volkerziehung verwahrloste Nation!

Und so wird auch künftig nur jener Staat in den großen Volkerkämpfen sich zu behaupten wissen, der seiner Armee als oberste Leitung, aber auch jedem gewöhnlichen Soldaten Intelligenz und Bildung mitgeben kann.

Und weil es sich sohin um eine Existenzfrage des Staates, wie des Einzelnen handelt, so mußte gebrochen werden mit dem früheren Schändrian, mußte die Volkschule auf eine Grundlage gestellt werden, wie es die Beziehungen und die fortschreitende Civilisation erheischen. Möchte es auch Kämpfe kosten, wo es sich um Existenzfragen handelt, da ist ein solcher Kampf, wie er durch die Reform der Schulgesetzgebung herausbeschworen wurde, das kleinere Uebel. Wer aber diese Reform anfeindet und bekämpft, der ist gewiß kein Freund des Volkes, denn er will, daß das Volk in Dummheit erhalten werde, somit seine einzige Waffe in dem jetzt so schwierigen Kampfe um sein Dasein, um sein Fortkommen, die Bildung wegwerfe und nicht gebrauche. Und aus welchen Ursachen, aus welchen Gründen wird angekämpft gegen die Reform der Volkschulgesetzgebung.

Beholen wir uns doch diese Gründe, denn vor Allem thut es Noth, in einem politischen Kampfe klar zu sehen, genan zu wissen, um was es sich eigentlich dabei handelt.

„Diese neuen Volksschulgesetze wollen germanisieren, sie verlegen die Gleichberechtigung unserer Nationalität,“ so rufen uns die Tschechen und die Slovener und andere ihrer Bundesgenossen zu, „darum müssen sie fallen!“ —

Das Volksschulgesetz bestimmt aber ausdrücklich, daß über die Unterrichtssprache jene zu entscheiden haben, welche die Schule erhalten. (§ 6).

Liegt hierin eine Verleugnung der Gleichberechtigung oder ist dieses Princip nicht das gerechteste, welches in dieser Frage überhaupt zur Anwendung kommen kann?

Sehen wir aber in den alten Schulvorschriften nach, in jenen Verordnungen, welchen den Nationalen nach ihrer Angabe lieber sind, als die neuen Gesetze, dann müssen wir sagen, daß die ersten eher auf Germanisierung berechnet waren, als die jetzigen Gesetze.

Schon der Titel der früheren Schulvorschriften: „Politische Verfassung der deutschen Schulen in den f. I. deutschen Erbstaaten“ ist ein solcher, wie ihn heute Niemand zu gebrauchen wagen dürfte, ohne unsere Nationen in den höchsten Born zu versetzen.

Und gehen wir die einzelnen Bestimmungen der Schulverfassung durch, so finden wir, daß der Unterricht in der deutschen Sprache an den Hauptschulen ein obligatorischer war und jeder Lehre der deutschen Sprache mächtig sein sollte. Diesen Bestimmungen gegenüber soll unsere neue Gesetzgebung, aufgebaut auf der grundrechlichen Bestimmung, daß jeder Volkstamm ein unveräußerliches Recht auf die Pflege und Ausbildung seiner Sprache habe und Niemand gezwungen werden könne, eine andere Sprache, als seine Muttersprache zu erlernen, ein Mittel zur Unterdrückung nicht deutscher Nationalitäten sein? Und hören wir auf die Ultramontanen, auf die Worführer der katholisch-politischen Casinos, so wird man uns wieder rufen: „Wir können Eure Schulgesetze nicht brauchen, durch sie kommt die Religion unserer Kinder in Gefahr!“

Diesen Vorwurf zu entkräften, genügt es, auf den ersten Paragraphen unseres Volksschulgesetzes hinzuweisen, worin es heißt: „Die Volksschule hat die Aufgabe, die Kinder stiftlich-religiös zu erziehen“; genügt es, darauf hinzuweisen, daß unter den Lehrgegenständen die an der Volkschule gelehrt werden müssen, eben an der Unterricht in der Religion steht, und daß das Volksschulgesetz ausdrücklich bestimmt, daß der Religionsunterricht ganz der betreffenden Glaubensgenossenschaft überlassen werde.

Sehen wir uns doch unsere jetzige Volksschule, die doch schon nach den neuen Gesetzen eingerichtet ist, an; wird da kein Religionsunterricht ertheilt, dürfen die Kinder nicht mehr die Kirche besuchen oder die Sacramente empfangen?

Wahrlich, um religiös erzogen zu werden, fehlt den Kindern gar nichts, als daß die heceten Seelsorger und Katecheten es ihrerseits nicht an Eifer fehlen lassen, nichts, als daß die Herren Seelsorger das an manchen Orten übliche Demonstriren lassen und den Religionsunterricht wirklich ertheilen, wie sie dazu, ganz abgesehen vom weltlichen Gesetze, schon durch die Kirchengesetze verpflichtet sind!

Die Vorwürfe also, welche vom nationalen und clericalen Standpunkte aus gegen die Schulgesetze erhoben werden, sind ganz unbegründet, sind nichts, wie aus Unkenntnis oder Boswilligkeit hervorgegangene Unwahrheiten! — Es werden solche Behauptungen nur aufgestellt, um Jene zu täuschen, welche die neuen Gesetze nicht kennen; sie werden nur ausgestreut, um die große Masse mit fortzureihen, daß die Regierung bestimmt werde, diese Gesetze wieder abzuschaffen zu lassen.

Sie werden nur ausgestreut, damit der eigentliche Grund der Opposition gegen diese Gesetze vor den Augen der Welt verdeckt bleibe, damit man nicht sehe, daß der

Hauptgrund dieser Opposition nichts ist, als der nackte Egoismus, auch nicht ein Stückchen jener Machtbefugnisse abzulassen, welche sich derselbe im Laufe der Zeiten zuzueignen klug genug gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

— (Zur Weltausstellung.) In maßgebenden Kreisen wird die Resignation der Herren Gustav Tönnies und Valentin Krisper auf die Ehrenstellen als Mitglieder der kain. Weltausstellungs-Landescommission bedauert. — Durch die Ernennung des Herrn I. I. Polizeirathes Achtschin zum Correspondenten gewinnt die Landescommission eine in national-ökonomischer und mustikalischer Beziehung mit den Landesverhältnissen wohlbekannte, thätige Kraft. — Der Termin zur Anmeldung der auszustellenden Gegenstände läuft Ende d. M. ab. Wir erlauben uns, im Interesse der Industrie und des Handels die Erinnerung wegen rechtzeitiger Einbringung der Anmeldung bei der hiesigen Landes-Commission hier anzufügen. — Die Herren Landwirth e wollen sich der von I. I. kain. Landwirtschaftsgesellschaft eingeleiteten landwirtschaftlichen Collectivausstellung anschließen und die Herren Gewerbsleute an der von der hiesigen Handels- und Gewerbe kammer beabsichtigten Collectiv-Ausstellung teilnehmen.

— (Prämien für kraiische Alpenwirths.) Das h. k. und k. Ackerbauministerium hat zur Prämierung ausgezeichneter Alpenwirthe in Krain den Betrag von 1000 fl. gewidmet. Jene Alpenwirthe, welchen ihren Alpenbesitz cultivirt, beziehungsweise verbessert haben, können bis Ende September 1873 um Verleihung einer Prämie bei der k. k. Krainer Landwirthschaftsgesellschaft einschreiten.

— (Aus dem Amtsblatte.) Concurs zur Besetzung bei Hilfsämter-Directions-Adjunctenstelle bei dem hiesigen Landesgerichte. Gesuche bis 30. d. an das Präsidium dieses Landesgerichtes. — Concurs zur Besetzung von 2 Bau-Adjunctenstellen à 600 fl., 2 Prakticantenstellen à 500 fl. und 2 solchen à 400 fl. nebst Quartiergeld in der t. t. croat.-slav. Militärgrenze. Gesuche bis 15. August 1. J. an das General-Commando in Agram.

— (Hagelshag.) Am 16. d. wurden die Ortschaften Kleinrigel, Krapfslern, Pöslndl, Neuburg und Großriegel im Bezirke Rudolfswerth von einem wolkenbruchartigen Regen und eine Stunde andauernden Hagelwetter heimgesucht, wodurch die Feldfrüchte theils niedergeschlagen theils weggeschwemmt und insbesondere die Weingärten stark beschädigt wurden.

— (Triest-Lack-Launsdorf.) Die „Deutsche Zeitung“ schreibt: „Was die Gesetzesvorlage für die Verbindung der Rudolf-Bahn mit Triest anbelangt, glauben wir mit vollster Berechtigung einen Resolutionsantrag des Eisenbahn-Ausschusses noch vor der Vertagung der Session erwarten zu dürfen, welcher die Regierung zur eingehenden Prüfung und Berücksichtigung der Offerte des Consortiums für Lack aussordern wird. Wir müssen auch heute wärmstens dafür eintreten, daß das Prinzip der Herstellung einer directen, selbständigen Verbindung zwischen der Rudolf-Bahn und Triest und die Brechung des schädlichen Monopoles der Südbahn an unserer Küste intact festgehalten werde. Möge die Zeit bis zum Wiederbeginne der Session für die Prüfung und Sicherstellung der Triest-Lack-Launsdorfer Linie von der Regierung benutzt werden. Eine diesbezügliche Resolution des Hauses ist das Mindeste, was die Bevölkerung des Reiches von ihren Vertretern zu erwarten ein Recht hat.“

— (Predilbahnhuproject.) Der Ausschuss zur Vorberathung der Regierungsvorlage, betreffend die Predilbahn, hielt am 17. d. seine letzte Sitzung vor der Beratung des Hauses. Zu einem endgiltigen Beschlusse gelangte man nicht, da eine Fortsetzung der Berathungen wegen des ungenügend vorhandenen Materiale und des neuen Projectes unmöglich war. Der Ausschuss empfahl der Regierung das eingehende Studium der Linie und vertogte seine Sitzungen bis zur Zusammenberufung des Reichsrathes im Herbst.

— (Vom Büchertische.) Wir machen unserer geehrten Leser auf zwei neue wichtige Tabellen aufmerksam, u. z.: 1. Statistische Tafel aller Länder der Erde, enthaltend: Größe, Regierungsform, Bevölkerung, Heer, Geldwesen, Eisenbahnen u. s. w. von Dr. Otto Hübner. 1872. Frankfurt a. M. F. Boselli'sche Buchhandlung, Preis 5 Sgr. 2. Münz-Reductions- und Zins-Tabellen von G. Schier, 1872. Frankfurt a. M. Boselli'sche Buchhandlung, Preis 8 Sgr. Zur Bequemlichkeit des p. t. Publicums besorgt Bestellungen die Buchhandlung v. Kleinmayr & Bamberg in Laibach.

— (Schlußverhandlungen beim l. t. Landesgerichte in Laibach.) Am 19. Juni. Paul Penko: schwere körperliche Beschädigung; Valentin Sajc: öffentliche Gewaltthätigkeit; Karl Potočnik: öffentliche Gewaltthätigkeit. — Am 20. Juni. Lorenz Šerak: Todtschlag; Jakob Denjol: schwere körperliche Beschädigung; Gabriel Škerjanc: Nachahmung öffentlicher Creditspapire. — Am 21. Juni. Theresia Juvančič: Diebstahl; Andreas Ula und Johann Urbas: schwere körperliche Beschädigung; Bartholomäus Kosčec und 2 Genossen: Diebstahl; Maria Pražník: Diebstahl.

Stimmen aus dem Publicum.

Am 16. d. wurden einige Laibacher Studenten bei Gelegenheit eines Ausfluges nach Kaltenbrunn von rohen dortigen Bauernburschen insultirt, ja sogar geschlagen. Es ist wahrlich dringend nothwendig, daß sich an Sonn- und Feiertagen Gendarmerie-Patrouillen in die nächst Laibach gelegenen Ortschaften begeben, sonst ist man bei Ausflügen seines Lebens nicht sicher. Gegen Rohheit schützt nur öffentliche Gewalt!

Ein Freund der Landluft.

Eingesendet.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin
und ohne Kosten, Revalescière Du Barry von London

Die delicate Heilnahrung Revalescière du Barry beseitigt alle Krankheiten, die der Medicin widerstehen; nämlich Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Driisen-, Schleimhaut-, Atem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberkulose, Diarröhöen, Schwindsucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Fieber, Schwindel, Blutaufsteigen, Ohrenbrausen, Übelkeit und Erbrechen selbst in der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. — Auszug aus 72.000 Certificaten über Genesungen, die aller Medicin getroft:

Certifikat Nr. 68471.

Prunetto (bei Mondovi), den 26. October 1869.

Mein Herr! Ich kann Sie versichern, daß seit ich von dem wundervollen Revalescire du Barry Gebrauch mache, das heißt seit zwei Jahren, fühle ich die Beschwerlichkeiten meines Alters nicht mehr, noch die Last meiner 84 Jahre. Meine Beine sind wieder schlank geworden; mein Gesicht ist so gut, daß ich keinen Brillen bedarf; mein Magen ist stark, als wäre ich 30 Jahre alt. Kurz, ich fühle mich verjüngt; ich predige, ich höre Beichte, ich besuche Kranke, ich mache ziemlich lange Reisen zu Fuß, ich fühle meinen Verstand klar und mein Gedächtniß erfrischt. Ich ersuche Sie, diese Erklärung zu veröffentlichen, wo und wie Sie es wünschen. Ihr ganz ergebener

Abbé Peter Castelli,

Bach.-és-Theol. und Pfarrer zu Brunetto, Kreis Mondovi.
Nahrhafter als Fleisch, erspart die Revalescière bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

In Blechbüchsen von $\frac{1}{2}$ Pfund fl. 1.50, 1 Pfund fl. 2.50,
 2 Pfund fl. 4.50, 5 Pfund fl. 10, 12 Pfund fl. 20, 24 Pfund
 fl. 36. Revalescière Chocolaté in Pulver und in Tabletten für
 12 Tassen fl. 1.50, 24 Tassen fl. 2.50, 48 Tassen fl. 4.50, in
 Pulver für 120 Tassen fl. 10, für 288 Tassen fl. 20, für 576
 Tassen fl. 36. Zu beziehen durch Barry du Barry & Cömp.
in Wien, Wallfischgasse Nr. 8, in Laibach Ed. Mahr,
 in Marburg J. Kollentig, in Klagenfurt P. Birnbacher,
 in Graz Gebrüder Obermannzmayr, in Innsbruck Diechtl &
 Frankl, in Linz Haselmaier, in Pest Töröl, in Prag
 J. Fül fl., in Brünn J. Eder, sowie in allen Städten bei guten
 Apothekern und Specereihändlern; auch versendet das Wiener Haus

Neueste Welt.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 18. Juni. Reichsrath. Abgeordnetenhaus. Volkskunst und Genossen interpelliren unter Hinweis auf die vielfachen

Vörserbericht. Wien, 17. Juni. Speculationspapiere waren infolge von Realisierungen localer Natur ziemlich flau; eine Ausnahme machten Vereinsbank-Actien, welche beträchtlich stiegen. Schrankenwerthe hielten sich fest, und waren einzelne Eisenbahn-Actien sogar lebhaft gefragt und im Course höher.